



**UNSERE MISSION:
GERECHTIGKEIT.**
OGB



SOZIALE SICHERHEIT MITBESTIMMUNG CHANCENGLEICHHEIT VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT

www.oegb.at

**FACT-
SHEET**

ArbeitnehmerInnen-Schutz

DIE FAKTEN:

Ergebnisse von europaweiten Befragungen von ArbeitnehmerInnen zeigen, dass in Österreich Arbeitsintensität und Zeitdruck seit 1990 kontinuierlich zunehmen.

Bis zu 50 Prozent der Krankenstände gehen auf Belastungen am Arbeitsplatz zurück. Allein sechs körperliche Arbeitsbelastungen sind für rund 23 Prozent der Krankenstände verantwortlich, dass führt zu Kosten im Ausmaß von 2,8 Milliarden Euro. Dazu kommen die Kosten von 3,3 Milliarden Euro aufgrund von krankmachenden psychischen Arbeitsbelastungen wie Stress und Arbeiten unter Zeitdruck.

Durch flächendeckende Prävention und Gesundheitsförderung in Betrieben und Dienststellen kann großes menschliches Leid verhindert und gleichzeitig sehr viel Geld gespart werden.

WAS ANDERE WOLLEN:

Wie viele Beauftragte soll es in den Betrieben denn noch geben, heißt es von Wirtschaftsseite oft. Auch die ArbeitnehmerInnenschutz-Beauftragten wurden infrage gestellt, „Wir sind überbürokratisiert“ heißt das dann. Die IV forderte eine „Halbierung der Unternehmens-Beauftragten“. ArbeitnehmerInnen-Schutz wird als Kostenfaktor gesehen, die Leidtragenden bei Einsparungen in diesem Bereich wären die ArbeitnehmerInnen, die Kosten hätte die Allgemeinheit über das Gesundheits- und Pensionssystem zu tragen.

DIE ÖGB-FORDERUNGEN:

Der ÖGB fordert eine bessere Verteilung von Arbeitszeit durch eine Verkürzung der tatsächlichen Arbeitszeit, ausreichende Erholungsphasen und die bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben, damit Menschen lange gesund in der Arbeit sind und Arbeit nicht krank macht.

- » Betriebliche Gesundheitsförderung als Pflicht, statt wie derzeit nur auf freiwilliger Basis. Zusätzlich zu einem Präventions- und Gesundheitsförderungsgesetz sollen Maßnahmen der Betrieblichen Gesundheitsförderung auch über Betriebs- bzw. Dienstvereinbarung erzwingbar durchgesetzt werden können.
- » Vorbeugung von arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren als Pflichtaufgabe der Unfallversicherung (AUVA).
- » Arbeits- und OrganisationspsychologInnen verpflichtend an allen Arbeitsstätten, zusätzlich zu ArbeitsmedizinerInnen und Sicherheitsfachkräften.
- » Alternsgerechte Arbeitsplätze: Arbeitgeber müssen Arbeitsplätze, Arbeitsmittel, die Arbeitsorganisation so gestalten, dass für ArbeitnehmerInnen die optimale Ausführung der Arbeit gewährleistet ist.
- » Rechtsanspruch auf den Umstieg auf eine weniger belastende Tätigkeit ohne Einkommensverlust, wenn eine belastende Tätigkeit auf Dauer nicht ausgeübt werden kann.
- » Verpflichtende Beratung durch die AUVA bei auffälligen Krankenstandszahlen an einer Arbeitsstätte.
- » Sanktionen für Arbeitgeber, die keine gesundheitsfördernden Maßnahmen setzen.
- » Erweiterung der Liste der Berufskrankheiten, v. a. um Erkrankungen durch erhöhte UV-Belastung, um psychische Erkrankungen sowie Erkrankungen des Bewegungs- und Stützapparats.

WARUM FORDERN WIR DAS?

Arbeitgeber haben eine Verantwortung gegenüber ihren Beschäftigten. Der Druck in der Arbeitswelt ist ohnehin schon groß genug – das Risiko, seelisch oder körperlich zu erkranken, kann mit wenig Aufwand gering gehalten werden. Und das spart Folgekosten im Gesundheits- und im Pensionssystem.

Alle Forderungen auf: www.bundeskongress.at